



## Ambulant vor stationär korrekt finanzieren

### *Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi*

Die Schweiz hat ein gutes Gesundheitssystem. Die Menschen sind gut versorgt und haben eine grosse Wahlfreiheit. Aber das System ist zu teuer und hat viele Fehlanreize. Mit der Reform sollen diese korrigiert werden. Gesundheitsleistungen sollen künftig alle gleich finanziert werden: Mit einem Beitrag Kanton, einem Prämienbeitrag und einer Kostenbeteiligung der Versicherten.

Die Reform verfolgt dabei folgende Ziele:

- Mehr Lebensqualität  
Menschen sollen zu Hause bleiben können anstatt im Spital oder in einer Pflegeeinrichtung versorgt zu werden
- Weniger unnötige Behandlungen und Spitalübernachtungen  
Die Versorgung soll besser koordiniert und Fehlanreize beseitigt werden
- Weniger Fachkräftemangel  
Die Fachleute Gesundheit sollen durch die bessere Koordination und weniger stationäre Behandlungen entlastet werden und so länger im Beruf bleiben
- Sinkende Prämien  
Ein fairer Finanzierungsschlüssel Prämienzahlende – öffentliche Hand

### **Welches Hauptproblem soll gelöst werden?**

Die Medizin ist heute so weit, dass viele Eingriffe ambulant gemacht werden können. Das ist schonender für die Patienten und auch kostengünstiger. Das heutige Finanzierungssystem bremst aber die Verlagerung vom stationären zum ambulanten Bereich. Dies zeigt der Vergleich mit dem Ausland. Für Krankenkassen ist es momentan zu wenig attraktiv, ambulante Behandlungen zu fördern, denn sie müssen diese allein finanzieren. Bei stationären Leistungen hingegen müssen sich die Kantone zu mindestens 55 Prozent an den Kosten beteiligen. Das macht stationäre Behandlungen für die Krankenkassen finanziell oft attraktiver. Auch für die Spitäler sind ambulante Behandlungen nicht so attraktiv, denn für stationäre Behandlungen erhalten sie meist mehr Geld.

### **Integration der Langzeitpflege in das System**

Die Langzeitpflege ist heute separat geregelt. Dies führt wegen der uneinheitlichen Finanzierung durch die Kantone oft zu Problemen bei einem Kantonswechsel oder wenn jemand Pflege braucht, aber eigentlich noch nicht ins Heim möchte.

Neu soll deshalb auch die Langzeitpflege wie andere Gesundheitsleistungen finanziert werden: Mit einheitlichen Tarifen und gleichem Kostenteiler zwischen Krankenkassen und Kantone. Gleich bleibt dabei, dass der Betrag der Pflegebedürftigen an die Pflegekosten durch den Bundesrat festgelegt wird.

WICHTIG: Die Pflegekosten fallen im Vergleich zu den ambulanten Leistungen vier Mal weniger ins Gewicht → Die Ersparnis bei den Prämien durch das neue Modell bei den ambulanten Leistungen ist grösser als die Kostenzunahme durch die Integration der Pflegekosten.

### **Unehrlisches Referendum**

Die Gewerkschaften haben das Referendum ergriffen und warnen vor einem Prämien Schub. Das Argument ist schwach, wenn man die Zahlen anschaut. Es heisst, durch die Integration der Langzeitpflege müsse es zu einem Prämienanstieg kommen, weil der Sektor ja wachse. Die Gewerkschaften verschweigen dabei zwei Sachen:

- Erstens funktioniert die heutige Finanzierung schlecht: Viele Pflegebedürftige haben das Problem, dass sie zu früh in ein Heim müssen, weil ihre Pflege sonst nicht finanziert wird.

Zudem ist die Finanzierung der Heime heute unterschiedlich mit dem Ergebnis, dass Pflegebedürftige manchmal nicht in der Nähe ihrer Verwandten in ein Heim einziehen können, sondern im Wohnkanton bleiben müssen, weil sonst die Kosten nicht gedeckt sind.

- Zweitens geht es den Gewerkschaften gar nicht um diese Vorlage, sondern um eine Abschaffung der heutigen Krankenversicherung. Sie wollen am liebsten eine staatliche Kasse mit dem Ziel, dass alle nur noch das Gleiche bekommen und man nicht mehr frei wählen kann, wo man behandelt wird. Man wäre dieser einen Kasse auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und es ginge am Schluss wahrscheinlich so wie im Ausland: Man würde endlos lange auf Behandlungen warten müssen und würde erst noch mehr bezahlen, entweder via Prämien oder via Steuern.

Die Reform löst nicht alle Probleme, aber sie ist ein Schritt in eine Zukunft mit mehr Fairness und Kostenkontrolle. Wie sich die Vorlage in den einzelnen Kantonen auf die Prämien auswirkt, wird sich zeigen müssen. Klar ist aber, dass die Ersparnis bei ambulanten Behandlungen die Steigerung durch die Integration der Langzeitpflege wettmachen wird. Zudem wünscht sich jeder von uns, nicht aus Kostengründen in ein Heim zu müssen, so lange es noch anders geht. Mit dem neuen Finanzierungsmodell ist das möglich und bringt auch wieder Kostenersparnis!

Aus diesen Gründen empfehle ich, wie Bundesrat und Parlament, ein Ja zu EFAS.